

Hotel ohne Fenster: Schlappe vor Gericht für Stadt

Schlappe für das Baudezernat der Stadt Hannover: Das Verwaltungsgericht Hannover hat zwei Investoren Recht gegeben, die in ihren Hotels Zimmer ohne Fenster anbieten wollen.



Hannover. Schlappe für das Baudezernat der Stadt Hannover: Das Verwaltungsgericht hat zwei Investoren recht gegeben, die in Hotels Zimmer ohne Fenster anbieten wollen. Die Stadt hatte die Baugenehmigungen verweigert (NP berichtete).

Sinngemäß gelangte das Verwaltungsgericht Hannover gestern zu der Auffassung, dass die Niedersächsische Bauordnung zwar für Aufenthaltsräume Fenster vorsehe – zugleich aber Ausnahmen möglich seien, wenn diese Räume nicht dem Wohnen dienen. Bei den geplanten Hotelprojekten – eines davon ist eins nach dem Konzept Boxhotel, wovon eine Ausgabe schon seit bald zwei Jahren in Göttingen in Betrieb ist – wollten Gäste wohl nur nächtigen. Und wer sich dabei unwohl fühlen würde, der würde dann nach Ansicht des Gerichts einfach woanders hingehen.



Andreas Wienecke (links) und Oliver Blume sind froh nach dem Gerichtstermin.

NP Meine Stadt / Hotel ohne Fenster: Schlappe vor Gericht für Stadt

bauen möchte, ist jetzt „natürlich glücklich – aber auch mit einem weinenden Auge: Das hätte gar nicht soweit kommen müssen, das hätte man doch zusammen im Gespräch mit dem Baudezernat regeln können. Jetzt habe ich die Sorge, dass die Stadt in Berufung geht – dabei wäre es schön, wenn wir positiv nach vorne schauen könnten und uns das ersparen könnten. Das Urteil war ja auch sehr eindeutig.“

Gastronom Andreas Wienecke, der sein Cityhostel neben dem Thüringer Hof (Osterstraße) erweitern möchte, ist „total glücklich und zufrieden. Jetzt hoffe ich, schnellstmöglich die Baugenehmigung zu bekommen“ – das Brandschutzkonzept sei inzwischen auch fertig. „Ich hoffe nur, dass die Stadt jetzt nicht Widerspruch einlegen wird - das war ja ein Sieg in allen Punkten. Und der wird womöglich bundesweit Beachtung finden, es ist ja das erste Urteil in so einer Sache.“

„Wir werden die Urteilsbegründung gründlich analysieren“, erklärte das Baudezernat der Stadt. Auch deshalb, „weil die vorgesetzte Dienststelle des zuständigen Ministeriums unsere Rechtsauffassung zuvor bestätigt hatte“. Hintergrund: Um den Widerspruch der Investoren gegen die versagte Baugenehmigung zurückzuweisen und wegen selbstbeschiedener Befangenheit von Baudezernat Uwe Bodemann in der Sache, hatte sich die Behörde bei der Landesregierung erkundigt, ob ihre Argumente für die Ablehnung tragen oder nicht.

rahü